



über die 1. Sitzung
des Bauausschusses
am Dienstag, dem 3. Februar 2004
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Ciecior
Herr Eckardt
Frau Hartig
Frau Müller

Ratsmitglieder CDU

Herr Kissing
Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Kaminski

Ratsmitglieder BG

Herr Kloß

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Herr Gercek
Herr Krüger
Herr Schlüter

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Herr Diederichs-Späh
Herr Lasarczyk

Verwaltung

Herr Adamini
Herr Baudrexl
Herr Burgemeister
Herr Dornblüth
Frau Mock
Herr Seiffert

entschuldigt fehlten

Herr Brinkmann
Herr Döttelbeck
Herr Etzold

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr **Schneider**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Teilnehmer und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Verwaltung beantragte, in der nichtöffentlichen Sitzung folgende neue Tagesordnungspunkte aufzunehmen:

Punkt B 2: Errichtung einer Hauptschule;
hier: Auftragserhöhung im Gewerk Zimmer- und Holzbauarbeiten

Punkt B 3: Abrechnung der Baumaßnahmen am Anbau der Hauptschule;
hier: Antrag der CDU-Fraktion

Dem Antrag wurde stattgegeben.

Es wurde nach folgender geänderter Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Vorstellung des Maßnahmenprogramms 2004	5/2004
2.	Sachstandsbericht über die laufenden Hoch- und Straßenbaumaßnahmen	
3.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Errichtung einer Hauptschule, Am Koppelteich 16 hier: Klempnerarbeiten DIN 18339 (Metalldach, Rinnen u. Fallrohre) Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	209/2003
2.	Errichtung einer Hauptschule hier: Auftragserhöhung im Gewerk Zimmer- und Holzbauarbeiten	6/2004
3.	Abrechnung der Baumaßnahmen am Anbau der Hauptschule hier: Antrag der CDU-Fraktion	
4.	WUV "Nördlicher Stadtkern / Willy-Brandt-Platz" hier: Ingenieurleistungen	4/2004
5.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
6.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

5/2004

Vorstellung des Maßnahmenprogramms 2004

Herr **Diederichs-Späh** fragte nach, ob der Maßnahmenbeginn für die im Maßnahmenplan 2004 unter der HhSt. 631.96044 veranschlagte Beseitigung des Bahnüberganges Königsstraße tatsächlich für September vorgesehen sei oder evtl. zu einem früheren Termin erfolgen solle.

Herr **Baudrexl** bestätigte den Termin September, da auch die Deutsche Bahn signalisiert habe, dass sie bereit ist, die Maßnahme zu diesem Zeitpunkt zu beginnen.

Herr **Kaminski** bat um Informationen zum Stand der finanziellen Förderung bei der Errichtung des Kunstrasenplatzes.

Herr **Baudrexl** erläuterte, dass noch kein konkreter Bewilligungsbescheid vorliege. Seitens des Landes sei jedoch bereits die Entscheidung zur Freigabe des entsprechenden Landesprogrammes und der damit verbundenen Landesmittel gefallen. Innerhalb des Programmes sei von Projekt- auf Pauschalförderung umgestellt worden.

Auf Nachfrage von Herrn **Kaminski** erläuterte Herr **Baudrexl** die Überplanung des Bahnhofsumfeldes. Untersucht und überplant werden hierbei sowohl die Parkflächen wie auch der städtebauliche Rahmen. In diesen Planungen werde ein Neubau des Parkhauses als eine Alternative berücksichtigt, deren tatsächliche Realisierung jedoch nur für spätere Jahre in Betracht komme. Die Sanierung sei vorher notwendig.

Herr **Dornblüth** ergänzte, dass die Sanierung darauf abziele, die Funktion des Gebäudes zu erhalten und zunächst keine Neuerrichtung vorgesehen sei.

Herr **Kissing** konstatierte, dass alle Signale zur Beseitigung des Bahnüberganges Königsstraße positiv seien, das Planfeststellungsverfahren laufe und auch die geplante Bahnunterführung Roggenkamp mit integriertem Fuß- und Radweg voraussichtlich gebaut werde. Für die zuletzt genannte Bahnunterführung, die bereits planfestgestellt sei, habe die Verwaltung jedoch nun einen Verzicht vorgeschlagen. Seines Erachtens sei hierzu noch keine politische Entscheidung getroffen worden.

Herr **Baudrexl** verdeutlichte die Vorgehensweise der Verwaltung. Die Verwaltung habe zunächst so zu handeln, dass die Umsetzung wie planfestgestellt erfolgt. Entsprechend werden die notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2004 bereitgestellt. Auch die Deutsche Bahn AG bewerte die Maßnahme positiv. Unter dem Vorbehalt, dass noch einige Probleme des Grundbesitzes geklärt werden, muss die Verwaltung davon ausgehen, dass die Maßnahme so gebaut werde wie planfestgestellt. Wenn nicht so gebaut werden solle, seien politische Beschlüsse notwendig, um ein Planänderungsverfahren in Gang zu setzen. Hierzu sei ein erneuter politischer Meinungsbildungsprozess durchzuführen. Er betonte nochmals, dass für das weitere Handeln der Verwaltung ohne neue, veränderte politische Entscheidungen das Ergebnis der gültigen Planfeststellung bindend sei.

Die Verwaltung prüfe derzeit lediglich die Möglichkeit des Einstieges in einen neuen Entscheidungsprozess. Abschließend schlug Herr Baudrexl vor, die Angelegenheit in einer der nächsten Sitzungen des Planungsausschusses zu behandeln.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

Herr **Eckardt** regte an, seitens der Verwaltung vorab insbesondere die Kostenauswirkungen zu prüfen.

Herr **Baudrexl** betonte, dass die Verwaltung im Rahmen des Haushaltes und seiner Umsetzung an das Planfeststellungsverfahren gebunden sei. Sie könne nur einen Denkanstoß liefern und prüfen, wie ein Änderungsverfahren in Gang gesetzt werden könne. Die Entscheidung bliebe der strategischen Auseinandersetzung und politischen Diskussion überlassen.

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing** zu den sehr hohen Kosten für den Bau des Rad- und Fußweges Körnebach (gemäß Haushaltsplan insgesamt 490.000 €) erläuterte Herr **Adamini**, dass hierin schon die Kosten für den notwendigen Brückenbau enthalten seien.

Herr **Baudrexl** ergänzte, dass auch die Förderung zu berücksichtigen sei.

Auch Herr **Diederichs-Späh** kritisierte die hohen Kosten, da der Lippeverband einen eigenen Weg baut, der teilweise mitgenutzt werden soll.

Herr **Adamini** wies darauf hin, dass dieser Weg nur zu einem sehr geringen Teil mitgenutzt werden könne und daher nicht viel zur Einsparung beitrage.

Abschließend ließ sich Herr **Kissing** den Standort der 2. Brücke erläutern.

Herr **Adamini** erklärte, dass die angedachte Brücke südlich im Nahbereich des vorhandenen Durchlasses in der DB-Gleisanlage geplant sei.

Zu TOP 2.

Sachstandsbericht über die laufenden Hoch- und Straßenbaumaßnahmen

Herr **Dornblüth** berichtete, dass sich alle Hoch- und Straßenbaumaßnahmen im Zeitplan befinden.

Zur Hauptschule informierte er, dass die Dachkonstruktion fertiggestellt sei und zurzeit weitere Maßnahmen wie die Dacheindeckung, Einbau der Fenster sowie die Grobinstallation der Sanitär- und Elektroanlagen durchgeführt werden. Obwohl der gesetzte zeitliche Rahmen zur Fertigstellung sehr eng sei, zeigte sich Herr Dornblüth zuversichtlich in Bezug auf Einhaltung der vorgegebenen Frist zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus bis zum Beginn des neuen Schuljahres.

Herr **Kaminski** wies auf einen Zeitungsartikel in der örtlichen Presse hin, in dem kritisiert wurde, dass seitens der Verwaltung dem bauausführenden Unternehmen rd. 400.000 € zu wenig an Abschlagszahlungen ausgezahlt worden sind. Er erinnerte an allgemein bekannte Fälle, in denen Unternehmen auf Grund der Zurückhaltung von Geldern Konkurs anmelden mussten und sprach seine Hoffnung aus, dass in diesem Fall das Verhalten der Verwaltung nicht zu einem Konkurs führe.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass mit dieser letzten Aussage der Eindruck entstehe, dass die Verwaltung das Unternehmen in den Ruin treibe, was aber in keinerlei Hinsicht den Tatsachen entspräche. Den Sachstand zu der beanstandeten Abrechnung werde die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erläutern.

Herr **Dornblüth** ergänzte, dass die Stadt nur auf Grund von fehlenden, vom Unternehmen vorzulegenden Unterlagen einen Anteil der ausstehenden Forderungen nicht gezahlt habe und zudem die genannte Summe erheblich von der tatsächlich nicht ausgezahlten Forderung abweiche.

Zu TOP 3.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

3.1 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen lagen nicht vor.

3.2 Anfragen

3.2.1 Herr **Diederichs-Späh** wies auf ca. ½ m tiefe LKW-Spuren im Bereich des Rodelberges in Methler hin. Er bat um Beseitigung.

Er sah ebenfalls einen Unfallgefahrpunkt bei einem Übergang über die Westicker Straße.

Die Verwaltung sagte zu, die Angelegenheit zu prüfen.

3.2.2 Herr **Kaminski** vertrat die Auffassung, dass die Radien an dem Kreisel vor der Maibrücke zu gering seien und das Gefälle so hoch, dass insbesondere bei glatten Straßenverhältnissen starke Rutschgefahr für Autos bestehe. Er regte an, diesen Bereich durch einen vorgelagerten Streudienst zu behandeln.

Herr **Schneider** unterstützte die Anregung von Herrn **Eckardt**, evtl. einen Streukasten im Kreiselbereich aufstellen zu lassen und wies darauf hin, dass die Hauptverkehrsachsen generell vorrangig gestreut werden.

3.2.3 Herr **Kissing** wies auf Fahrbahnschäden im westlichen Bereich der Waldstraße im Übergang zu Husen hin. Er regte an, einige notwendige Baumschnittarbeiten in diesem Bereich durchzuführen.